

# Welt der Arbeit

Jahrgang 1 / Ausgabe 2

15. Oktober 2003

Ver.di

## Tarifrechte sind Freiheitsrechte!

Vom 19. bis 25. Oktober 03 findet in Berlin der erste Bundeskongress der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft statt. Rund 1000 Delegierte haben zu entscheiden, ob ver.di auf dem richtigen Weg ist und welche Korrekturen erforderlich sind. Eine programmatische Debatte über die künftigen politischen Ziele muss zeigen, wie stark die junge Solidargemeinschaft inzwischen ist. Fehlentwicklungen müssen korrigiert werden. Vor allem muss die unmittelbare Betreuung der Mitglieder und die gewerkschaftliche Betriebsarbeit verbessert werden. Zweieinhalb Jahre nach der Gründung muss die Entscheidung der 5 Quellgewerkschaften zum Zusammenschluss eine unmissverständliche Bestätigung finden. Dazu wünsche ich konstruktive Beratungen und zukunftsweisende Beschlüsse.

Franz Kersjes

### Inhalt dieser Ausgabe

#### Tarifrechte sind Freiheitsrechte!

Seite 1

#### Chancen gewerkschaftlicher Reformen genutzt?

Seite 2

#### Welche Strategien für die Zukunft?

Seite 3

#### Leserbriefe

Seite 4

#### Kampf der Korruption Kommentar

#### Neu im Internet

#### Impressum

Seite 5

**CDU/CSU und FDP wollen die Gewerkschaften entmachten. Die Betriebe sollen von gewerkschaftlichem Einfluss auf Belegschaften, Betriebsräte und Personalräte befreit werden. Warnstreiks sollen verboten werden (Hundt, BDA). Die Flächentarifverträge sollen ihre Verbindlichkeit verlieren.**

Solche Forderungen haben mit notwendigen Initiativen zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen nichts, absolut nichts, zu tun. Betriebliche Abweichungen von tariflichen Normen sind heute schon mit Zustimmung der Tarifvertragsparteien möglich. Dafür ist eine Änderung des Tarifvertragsgesetzes überhaupt nicht erforderlich. Und bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit helfen Verzichte der Beschäftigten auch nicht. Obwohl zum Beispiel etwa 60 Prozent aller Beschäftigten in den neuen Bundesländern teilweise weit unter Tarif bezahlt werden und meist keinen tariflichen Schutz haben, ist gerade in Ostdeutschland die Arbeitslosigkeit besonders hoch.

Tarifrechte sind Freiheitsrechte. Mit der Verankerung der Koalitionsfreiheit in unserem Grundgesetz ist das Fundament für eine freie und autonom von den Tarifvertragsparteien gestaltete Regelung der Arbeits- und Wirtschaftsbeziehungen auf Betriebs- und Branchenebene geschaffen worden. Im Tarifvertragsgesetz sind die formalen rechtlichen Rahmenbedingungen der Tarifpolitik fixiert. Es war und ist das Ziel, durch Aushandlung einheitlicher Standards (Mindestnormen) grundsätzlich auf überbetrieblicher Ebene gleiche Konkurrenzbedingungen für das Kapital und die Lohnabhängigen zu schaffen, damit Konkurrenz untereinander zu begrenzen und die Grundlage für eine solidarische Tarifpolitik zu ermöglichen. Es gibt nicht den ge-

ringsten Grund, daran etwas zu ändern. Mit der Aufhebung der Bindewirkung von Tarifverträgen wird kein Arbeitsmarktproblem gelöst. Das ist wohl auch nicht das Ziel.

Es geht den Unternehmern und den ihnen verbundenen Politikern ausschließlich um eine Änderung der Machtverhältnisse. Und in der Tat: Wenn die Gewerkschaften ihre Basis in den Betrieben verlieren, werden sie bedeutungslos. Deshalb muss in den Gewerkschaften klar sein: Über die solidarische Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten in Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft wird jetzt entschieden!

Die Unternehmer entscheiden bislang schon, ob, was, wann, wo und wie produziert wird und Arbeitnehmer eingestellt oder entlassen werden. Diese Verfügungsmacht wird durch Gesetze und Tarifverträge ein wenig eingeschränkt. Werden solche Regeln teilweise aufgehoben, wird das vorhandene Machtungleichgewicht zum Nachteil der Beschäftigten vergrößert. Die Gefahr wird zunehmen, dass Belegschaften unter Androhung von Arbeitsplatzverlusten gegeneinander ausgespielt werden. Die Höhe der Arbeitskosten wird als Disziplinierungsinstrument eingesetzt, um immer neue Verzichte der Beschäftigten zu erzwingen. Die überbetriebliche Entsolidarisierungskampagne wird für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer katastrophale Folgen haben.

Die Gewerkschaften müssen durch Aufklärung und Mobilisierung aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den Machtzuwachs des Kapitals mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen und verhindern. Es steht viel mehr auf dem Spiel als nur einige Veränderungen des Arbeitsrechts.

F.K.

[www.weltderarbeit.de](http://www.weltderarbeit.de)

1. Bundeskongress ver.di**Chancen gewerkschaftlicher Reformen genutzt?**

Die Überwindung traditioneller gewerkschaftlicher Strukturen und vorhandener Routine ist außerordentlich schwierig. Das war den meisten verantwortlich Beteiligten in der Gründungsphase der „Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft“ bewusst. In den Diskussionen mit den Mitgliedern in den fünf Gründungsorganisationen gab es ungezählte Zweifel, Bedenken, Einwände und Befürchtungen gegen die geplante Großgewerkschaft. Doch der Mut zum gewerkschaftlichen Neubeginn hat sich durchgesetzt. Was ist daraus geworden?

Zweieinhalb Jahre nach dem Gründungskongress im März 2001 ist nur eine Zwischenbilanz möglich. Das Projekt braucht einen langen Atem. Aber die Zeit drängt. Für mich als damaliger Vorsitzender der IG Medien in Nordrhein-Westfalen gab es drei wesentliche Gründe für meine **Zustimmung zur Beteiligung an der Gründung von ver.di:**

1. Die soziale, ökonomische und politische Entwicklung in unserem Land und in Europa erfordert konfliktfähige, starke und durchsetzungsfähige Gewerkschaften. Der immer wieder geforderte Politikwechsel kann nur von kampfbereiten Gewerkschaften erzwungen werden. Nur die Einigkeit der Gewerkschaften in den entscheidenden politischen Fragen gibt allen gemeinsam Macht.

2. Die Auflösung bzw. tief greifenden Veränderungen vieler Branchen und das Entstehen neuer Dienstleistungsbereiche hat die Konkurrenzsituation der Gewerkschaften verschärft. Es

muss in kurzer Zeit gelingen, diese Konkurrenz zu überwinden. Sonst werden alle Gewerkschaften an Bedeutung verlieren.

3. Die Gewerkschaften haben seit den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts viele Mitglieder verloren. Zur Erklärung des Dilemmas reicht es nicht aus, auf die enormen Arbeitsplatzverluste vor allem im industriellen Bereich zu verweisen. Zur Wahrheit gehört auch die Tatsache, dass es trotz mancher Einzelinitiativen mit herkömmlichen Mitteln nicht gelungen ist, in neuen Branchen und Betrieben eine steigende Anzahl neuer Mitglieder zu gewinnen. Die bisherigen Methoden und Strukturen der Gewerkschaften sind nicht zukunftsfähig.

Mit der Gründung von ver.di habe ich folgende **Erwartungen und Ziele** verbunden:

- Abbau gewerkschaftlicher Konkurrenz
- Stärkung gewerkschaftlicher Durchsetzungsmacht in Betrieb/Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft
- Bessere Beratungs- und Beratungsangebote für die Mitglieder
- Stärkere Unterstützung der gewerkschaftlichen Betriebs- und Tarifpolitik
- Verbesserung der fachlichen Kompetenz durch Fachgruppen und Fachbereiche
- Professionelle Mitgliederwerbung
- Besserer Mitgliederservice
- Professionelle Öffentlichkeitsarbeit
- Nutzung von Synergieeffekten in der gewerkschaftlichen Organisation und Verwaltung

Die entscheidenden **Fragen aus der Sicht der Mitglieder** sind nach zweieinhalb Jahren auch durch den Bundeskongress zu beantworten:

- Was hat sich durch ver.di verändert? Welche Gründe gibt es dafür?
- Erhalte ich kompetente Antworten auf meine überwiegend beruflich begründeten Fragen?
- Ist meine Gewerkschaft glaubwürdig in Worten und Taten?
- Welche Unterstützung erfahre ich durch ver.di in betrieblichen und persönlichen Auseinandersetzungen mit dem Unternehmer?
- Ist meine Gewerkschaft im Kampf um soziale Gerechtigkeit aktiv?

**Wer keine Fragen stellt wird niemals Antworten geben können!**

Zukunftsfähig werden Gewerkschaften nicht durch endlose Satzungsdebatten und Auseinandersetzungen über Strukturen, Macht und Einfluss der Funktionäre. Entscheidend ist vielmehr eine Antwort auf die Frage: Wie nahe sind Funktionäre mit ihren Gedanken und Fähigkeiten bei den Mitgliedern, die sich vor politischen und gesellschaftlichen Benachteiligungen schützen wollen, die Beteiligungsrechte einfordern, Ungerechtigkeiten bekämpfen und menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen durchsetzen wollen?

Franz Kersjes

1. Bundeskongress ver.di**Welche Strategien für die Zukunft?**

Die Gewerkschaften sind in großen Schwierigkeiten. Der Bundeskongress der ver.di bietet die Chance, in aller Öffentlichkeit die Ursachen für den spürbaren Vertrauensverlust zu analysieren, Fehlentwicklungen zu korrigieren und die Ziele für die Zukunft festzulegen. Die Entscheidung über die Zukunftsfähigkeit der Gewerkschaften fällt nach meiner Überzeugung auf zwei Feldern:

1. Es muss vor allem in den industriellen und verarbeitenden Branchen eine hohe Übereinstimmung von gewerkschaftlicher Tarif- und Betriebspolitik erreicht werden. Dabei sollten qualitative Ziele wie Weiterbildung und Beschäftigungssicherung stärker in den Vordergrund treten. Es ist ungläubwürdig, wenn in Tarifrunden einerseits Einkommensverbesserungen und Arbeitszeitverkürzungen gefordert werden und gleichzeitig in vielen Betrieben Lohnkürzungen und die Verlängerung von Arbeitszeiten vereinbart werden. Die Auseinandersetzungen in der IG Metall zur Strategie im Arbeitskampf Ost haben in den vergangenen Monaten deutlich gemacht, wie brüchig das Verhältnis von Tarif- und Betriebspolitik geworden ist. Tarifnormen werden immer häufiger ohne Zustimmung der Tarifvertragsparteien durch betriebliche Regelungen abgelöst. Viele Betriebsräte und Belegschaften fühlen sich dem ständig wachsenden Druck ihrer Geschäftsleitung nicht mehr gewachsen und lassen sich in die Unternehmensziele einbinden. Die Reduzierung der ökonomischen und sozialen Probleme auf die betriebliche Sicht führt schließlich zur Entsolidarisierung. Tarifpoliti-

sche Ziele der Gewerkschaft werden abgelöst durch betriebliche Ziele. Die Angst der Belegschaften vor Arbeitsplatzverlusten führt in der Tendenz zu einem konservativen Syndikalismus und damit zur Abkoppelung von einer überbetrieblichen, solidarischen Tarifpolitik.

Die Gewerkschaften verlieren Vertrauen bei Belegschaften und Betriebsräten, wenn sie zur Verteidigung der Flächentarifverträge nicht mehr als Durchhalteparolen zu bieten haben. Die Beschäftigten brauchen die aktive Unterstützung ihrer Gewerkschaft. Notwendig ist die Beteiligung kompetenter Gewerkschaftsvertreter und –vertreterinnen an den konkreten betrieblichen Entscheidungen zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Im Notfall gehört auch die begründbare und befristete Abweichung von bestehenden Normen des Flächentarifvertrages dazu. Bevor ein solcher Weg gegangen werden kann, ist eine umfassende Aufklärung über die betrieblichen (!) Ursachen des Falles der Sanierung erforderlich. Viele Arbeitsplätze könnten gerettet werden, wenn das unqualifizierte Führungspersonal rechtzeitig und öffentlich (!) zur Verantwortung gezogen würde. Tatsache ist, dass Betriebsräte und Gewerkschaften sehr oft viel zu zögerlich die lokalen und regionalen Medien über betriebliche Probleme informieren. Dringend erforderlich ist auch eine Tarifschutzkampagne, die über die Bedeutung und Flexibilität von Flächentarifverträgen aufklärt.

2. Die konsensorientierte Politik einiger Gewerkschaftsrepräsentanten ohne aktive Gegenwehr,

die den Gewerkschaften vielleicht eine gewisse Anerkennung in der Öffentlichkeit bringt, aber keine materiellen Resultate im Interesse der abhängig Beschäftigten und Arbeitssuchenden, muss unverzüglich beendet werden. Die SPD ist nicht die Partei der Gewerkschaften! Es gibt in den entscheidenden politischen Fragen keine Übereinstimmung zwischen den gewerkschaftlichen Zielen einerseits und der Politik von Regierung und Opposition auf der anderen Seite. Und das muss deutlicher werden als bisher. Die gegenwärtigen Aktionen der DGB-Gewerkschaften sind im Vergleich zu neuen sozialen Bewegungen in Italien, Frankreich und Spanien keineswegs überzeugend. Verbale Proteste reichen nicht aus. Die mangelnde individuelle Bereitschaft zum aktiven Engagement muss durch Aufklärung und konkrete Alternativen zur herrschenden Ideologie des Neoliberalismus überwunden werden. Dafür brauchen die Gewerkschaften mehr Mut, ein stärkeres Selbstbewusstsein und die Bereitschaft, zu kämpfen! Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft hat mehr Mitglieder als alle in den Parlamenten vertretenen Parteien zusammen und vertritt ein großes Meinungsspektrum unserer Gesellschaft. Sie muss mit Überzeugungskraft zur Mobilisierung gegen die asoziale Politik von Regierung und Opposition fähig sein. Die Gewerkschaften bilden die einzige gesellschaftliche Kraft, die eine soziale und ökonomische Katastrophe noch verhindern kann. Dieser Verantwortung müssen sich die Delegierten des ver.di-Bundeskongresses stellen.

Franz Kersjes

## "Auf den Punkt gebracht"

Starkes Interesse hat die erste Ausgabe der Welt der Arbeit bei zahlreichen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern gefunden.

Hier eine kleine Auswahl der eingegangenen Zuschriften.

Dem letzten Chefredakteur der Wochenzeitung des DGB, der Welt der Arbeit, versetzte es einen Stich, nun wieder den vertrauten Titel zu sehen. Es kam hoch die Traurigkeit bei den Erinnerungen um die Einstellung des Blattes durch den DGB-Bundesvorstand, weil Oberfunktionäre systematisch ein Blatt platt machten, das kritisch ihre Arbeit begleiten wollte. Da gab es den hilflosen Ernst Breit, Vorsitzender des DGB, einen überforderten Helmut Teitzel, Finanzvorstand des DGB, eine ÖTV-Vorsitzende als Nachfolgerin von Heinz Kluncker, die absolut keine andere Meinung als ihre akzeptierte und Journalisten pauschal nicht mochte. Ähnlich war das Verhalten des damaligen Vorsitzenden der IG Druck und Papier, Erwin Ferlemann, der sich geradezu verbissen hatte gegen die Wochenzeitung des DGB. Gekämpft für das Blatt und die Redaktion hat 1988 Franz Kersjes, Landesvorsitzender der IG Druck von NRW. Dieser Mann lässt nun mit seinen bescheidenen Mitteln zumindest den Titel wieder auferstehen. Franz Kersjes ist im positiven Sinne ein Triebgewerkschafter, Kampf um Gerechtigkeit sitzt in seinen Genen. Franz Kersjes kann es nicht lassen, Unruhestifter zu sein. Dazu wünsche ich ihm viel Glück. Er möge mehr Glück haben als

ich es bei der Welt der Arbeit hatte.

Dieter Schmidt, Berlin

\* \* \*

Herzlichen Dank für die Zusendung von WdA-Nr. 1. Ich habe das hervorragende Material sofort über unseren großen Verteiler weitergeleitet. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn in diesem Stil häufiger bzw. regelmäßig zu den sozialen Skandalen unserer Zeit Position bezogen würde.

Norbert Arndt, Herne

\* \* \*

Lieber Franz, toll!

Herzlichen Glückwunsch zu Deinem Internet-Angebot. Ich freue mich auf den Newsletter.

F. M. Munkler, Düsseldorf

\* \* \*

Ich werde die Welt der Arbeit intensiv nutzen. Danke für Deine Mühe. Zugleich nutze ich die Gelegenheit, um Dir mitzuteilen, dass ich häufiger auf Deiner Internetseite nachsehe und mir die eine oder andere Anregung für Redebeiträge, Aufsätze und Argumentationen hole. Schön, dass Du uns das zur Verfügung stellst.

Amadore Kobus, Hannover

\* \* \*

Herzlichen Glückwunsch zur Herausgabe der Welt der Arbeit. Ein tolles Projekt und eine gute Idee. Viel Erfolg und regen Zuspruch wünscht

Holger Menze, Berlin

\* \* \*

Ich freue mich auf die Wiederbelebung der WdA und möchte sie abonnieren.

Rolf Winterboer, Köln

\* \* \*

Zur gelungenen ersten Ausgabe der Online-WdA herzlichen Glückwunsch! Die Sprache ist

klar und eindeutig, die Dinge werden auf den Punkt gebracht. Das ist es, was aktive Gewerkschafter /innen an der Basis brauchen! Weiter so.

Klaus Kellert, Duisburg

\* \* \*

Wie du Dir denken kannst, wird in allen Gremien über das Verhältnis zwischen der derzeitigen Bundesregierung und den Gewerkschaften kontrovers diskutiert. Kontrovers auch deshalb, weil nicht alle z.B. Deine aktuellen Stellungnahmen teilen. Allerdings müssen wir spätestens bis zur nächsten Bundestagswahl eine gewerkschaftliche Position gefunden haben, die von der Mehrheit unserer Mitglieder dann auch mitgetragen wird. Insoweit stehen wir wohl erst am Anfang eines Diskussionsprozesses.

Heinz Peltz, Essen

\* \* \*

Die Welt der Arbeit gefällt mir gut. Besser jedenfalls als die, vor vielen Jahren gedruckte und eingestellte Version. Um gewerkschaftliche Positionen zu ermitteln musste ich bisher alle Web-Seiten der Einzelgewerkschaften und Fachgruppen durchforsten. Hier hab ich alles schön komprimiert. Trotzdem würde ich sie mit noch mehr visuellen Elementen versehen. Das entspricht einfach den Lesegewohnheiten, auch meiner Generation. Ich meine nicht bunte Füllbildchen, sondern eigenständige, inhaltliche, visuelle Beiträge. Das können Fotos, Grafiken, Gif Animationen und natürlich auch Karikaturen sein. Und das sage ich nicht nur weil ich Karikaturist bin.

Reinhard Alff,

\* \* \*

## Kampf der Korruption

Korruption ist der Missbrauch von Macht zu privatem Nutzen. Ob Bestechung und Bestechlichkeit in internationalen Geschäftsbeziehungen oder im eigenen Land, ob politische Bestechlichkeit oder die Notwendigkeit, Schmiergelder für offizielle Handlungen zu bezahlen – Korruption untergräbt die Integrität der Gesellschaft, sie hemmt die soziale und wirtschaftliche Entwicklung und verstärkt die Armut, sie unterhöhlt die Qualität des öffentlichen Dienstes und bringt die Demokratie in Gefahr. Anstelle von fairem Wettbewerb führt Korruption zu einem Wettbewerb der Bestechung.

Vor diesem Hintergrund wurde vor 10 Jahren die Organisation *Transparency International (TI)* gegründet. Die TI ermittelt und verfolgt keine Einzelfälle und erstattet nicht Anzeige. Sie verfolgt einen ganzheitlichen, auf strukturelle Reformen setzenden Ansatz zur Korruptionsbekämpfung. Die Organisation arbeitet nicht konfrontativ, sondern will Koalitionen bilden.

Es ist endlich Zeit, dass die Bundesregierung die UN-Konvention gegen die Bestechung von Politikern und zur Eindämmung politischer Korruption unterzeichnet und dass das Parlament die Konvention dann beschleunigt umsetzt. Denn bei der Kontrolle politischer Korruption gibt es immer noch große Defizite. Auf allen Ebenen blüht bei uns die Ämterpatronage, und der „Dreh-tür-effekt“ spült Politiker immer wieder in hoch bezahlte Jobs der Wirtschaft und Lobbygruppen.

Korruptions-Übeltäter in der Wirtschaft sollen künftig fürchten müssen, dass ein zentrales Korruptionsregister sie von öffentlichen Aufträgen ausschließt. Die Bundesregierung ist mit gesetzlichen Vorstößen hier- zu bisher immer am Bundesrat gescheitert. Die CDU/CSU ist offensichtlich gegen konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption. Warum wohl?

Es gibt noch viel aufzuklären. Helmut Kohl und andere schweigen immer noch.

F.K.

[www.transparency.de](http://www.transparency.de)

\* \* \* \*

### Neu im Internet in

[www.weltderarbeit.de](http://www.weltderarbeit.de)

Als Gastbeitrag ist soeben von Prof. Jörg Wollenberg eine eindrucksvolle Biografie über den Gewerkschafter und Hochschullehrer **Walter Fabian** erschienen. Eine sehr empfehlenswerte Lektüre.

\* \* \*

In einem weiteren Gastbeitrag hat sich Hans-Dieter Hey in seinem Essay **Die „Agenda 2010“ ist Zeichen für einen**

**gnadenlosen Raubtierkapitalismus** mit der ökonomischen und sozialen Entwicklung auseinandergesetzt.

\* \* \*

Als Flugblatt und/oder zum Aushang im Betrieb oder in der Verwaltung wurde unter „Arbeit und Wirtschaft“ ein Text mit dem Titel **Fünf einfache Wahrheiten** zur Verfügung gestellt. Er eignet sich besonders als Diskussionsgrundlage und zur Information im Rahmen von Aufklärungskampagnen.

### Kommentar

#### Widerspruch

Die Politik von Regierung und Opposition erfordert inhaltliche Auseinandersetzungen in den Parteien, in den Medien und in der Gesellschaft. Demokratie lebt durch die Beteiligung des Volkes an politischen Entscheidungen. Reformen erfordern Aufklärung. Über die richtige Entscheidung muss gestritten werden, wenn es sein muss mit großer Leidenschaft. Schon seit längerer Zeit haben Kritiker so genannter Reformen ein besonders schlechtes Ansehen. Neinsager gelten als Miesmacher, als Verlierer. Mit einer hysterischen Kampagne sollen die Arbeitnehmerorganisationen dauerhaft aus dem politischen Prozess gedrängt werden. Die Aggressivität der Angriffe darf keine Verunsicherung in den Gewerkschaften auslösen. Es gibt für sie nichts zu verlieren. Anpassung an die herrschende Ideologie des Neoliberalismus und an Erwartungen der SPD führen die Gewerkschaften in die Bedeutungslosigkeit. Eine Manifestation gewerkschaftlicher Autonomie und Gegenmacht ist dagegen dringend geboten.

Franz Kersjes

#### Impressum:

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt: Franz Kersjes, Abendrothstraße 5, 50769 Köln, Telefon: 0171 - 5 26 65 35, Mail: [franz.kersjes@koeln.de](mailto:franz.kersjes@koeln.de)

Die "Welt der Arbeit" erscheint kostenlos nach Bedarf und wird auch im Internet veröffentlicht. [www.weltderarbeit.de](http://www.weltderarbeit.de) Die Online-Publikation kann jederzeit bestellt oder abbestellt werden.